

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/041(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag,  21.03.2013	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:00Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.02.2013
- 4 Straßenbenennung "Unter der Georgshöhe" DS0487/12
- 5 "Aufhebungssatzung Gebührensatzung und Benutzungssatzung des Städtischen Frauenhauses" DS0078/13
- 6 Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung I0004/13
- 7 Flächen an der Sternbrücke freigeben A0101/12

7.1	Flächen an der Sternbrücke freigeben	S0269/12
8	Orientierungshilfe im Wohngebiet "Am Birnengarten"	A0120/12
8.1	Orientierungshilfe im Wohngebiet "Am Birnengarten"	S0018/13
9	Torsten-Lamprecht-Brücke	A0130/12
9.1	Torsten-Lamprecht-Brücke	A0130/12/1
9.2	Torsten-Lamprecht-Brücke	S0339/12
10	Bürgerhaushalt	A0138/12
10.1	Bürgerhaushalt	S0016/13
11	Würdigung von Preisträgern der Stadt	A0001/13
11.1	Würdigung von Preisträgern der Stadt	S0035/13
12	Nachbesserung der Suchfunktion der städtischen Internetseite	A0008/13
12.1	Nachbesserung der Suchfunktion der städtischen Internetseite	S0034/13
13	Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes	A0010/13
13.1	Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes	S0022/13
14	Verschiedenes	

### **Nichtöffentliche Sitzung**

Nichtöffentliche Sitzung

15	Vergabe von Genehmigungen zur Leistungserbringung im Rettungsdienst ab 2014	I0050/13
----	---	----------

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Meister, Olaf

**Mitglieder des Gremiums**

Hoffmann, Michael

Szydzick, Claudia

Boeck, Helga

**Sachkundige Einwohner/innen**

Krausnick, Steffen

**Geschäftsführung**

Becker, Britta

Boeck, Hugo (Vertreter für SR Fassel)

Rösler, Jens (Vertreter für SR Budde)

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Budde, Andreas

Rohrßen, Martin

Fassel, Josef

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bahrs, Ronald

Sorge, Tino

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Über die Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.02.2013

---

Über die Niederschrift der Sitzung vom 21.02.2013 wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

4. Straßenbenennung "Unter der Georgshöhe"

DS0487/12

---

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

5. "Aufhebungssatzung Gebührensatzung und Benutzungssatzung  
des Städtischen Frauenhauses"

DS0078/13

---

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Herr Rönicke**, Amt 61, macht Ausführungen zur vorliegenden Informationsvorlage der Verwaltung.

**Herr Meister** fragt nach, ob ein entsprechender Beschlussvorschlag von der Verwaltung geplant ist.

**Herr Rönicke** informiert hierzu, dass die Verwaltung erst die Diskussionen bis zum Stadtrat abwarten will, diese dann auswertet und anschließend entsprechende Vorschläge unterbreitet.

**Frau Boeck** fragt nach, ob sich bei den Fristen von 4 Wochen bzw. 1 Monat einmal einheitlich festgelegt werden kann.

**Herr Rönicke** äußert, dass es hierzu unterschiedliche gesetzliche Regelungen gibt, deshalb ist es manchmal eine Frist von 4 Wochen und manchmal von 1 Monat.

**Herr Meister** vermisst in der Informationsvorlage die AG Gemeinwesen.

**Herr Rönicke** legt dar, dass sich das Stadtplanungsamt bereits sehr häufig in den Arbeitsgruppen engagiert.

**Herr Meister** ist der Auffassung, dass die Verwaltung die Arbeit mit den GWA's noch intensivieren könnte.

Wenn die Verwaltung an die GWA's herantritt geht dies meistens vom Dezernat V aus, so **Herr Rönicke**. Im Bereich der Flächenentwicklung ist dies nicht ganz so einfach, dies ist nicht immer öffentlich zu machen.

Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**Herr Rösler** bringt den Antrag ein. Aufgrund der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung hält es die SPD-Fraktion weiterhin für gerechtfertigt, die Flächen freizugeben.

**Herr Gebhardt**, Amt 66, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung hat mit einigen Flächen bereits gute Erfahrungen gemacht. Im Bereich der Sternbrücke gibt es jedoch eine andere bauliche Situation. Hier hat die Denkmalschutzbehörde die Freigabe der Flächen abgelehnt. Die dort derzeit vorhandenen illegalen Graffitis werden von der Verwaltung beseitigt.

**Herr Stage** spricht sich weiterhin für die Weiterverfolgung des Antrages aus und schlägt vor, einen Vor-Ort-Termin mit der Denkmalschutzbehörde, der Verwaltung sowie interessierten Stadträten durchzuführen, um ggf. die Denkmalschutzbehörde umzustimmen und bittet daher den Ausschuss darum, dem Antrag zuzustimmen. Der Jugendhilfeausschuss hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

**Herr Rösler** erläutert nochmals, dass es hier um die Betonflächen unter den Bögen geht und nicht um die Naturschutzflächen.

**Herr Stage** stellt folgenden Änderungsantrag:

Zuvor soll eine Ortsbesichtigung mit der Denkmalschutzbehörde, den beteiligten Fachämtern, der Verwaltung sowie interessierten Stadträten durchgeführt werden, um mit der Denkmalschutzbehörde die Möglichkeit einer denkmalrechtlichen Genehmigung zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0101/12 in geänderter Form:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

---

7.1. Flächen an der Sternbrücke freigeben S0269/12

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

---

8. Orientierungshilfe im Wohngebiet "Am Birnengarten" A0120/12

**Herr Krausnick** bringt den Antrag ein.

**Herr Gebhardt**, Amt 66, legt dar, dass es sich bei dem Gebiet „Am Birnengarten“ um eine Wohngebietserschließung handelt. Es sind alle hier notwendigen Beschilderungen vorhanden. An den Privatstraßen könnten noch Zusatzschilder angebracht werden. Dies veranlasst jedoch der Eigentümer der Privatstraße und nicht die Verwaltung.

**Herr Krausnick** hält es für ratsam hier eine Vor-Ort-Besichtigung durchzuführen.

**Frau Szydzick** vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung in der Stellungnahme den Kompromissvorschlag unterbreitet hat, entsprechende Zusatzschilder anzubringen. Sie hält dies für ausreichend. Einen Vor-Ort-Termin sieht sie als nicht erforderlich an.

**Herr Boeck** spricht sich für eine Vertagung des Antrages und für eine Vor-Ort-Besichtigung aus.

**Herr Meister** ist ebenfalls für die Vertagung des Antrages. Er schlägt vor, ein Schreiben an die GWA zu richten, dass diese nochmals mit den Eigentümern der Privatstraßen spricht.

Er stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Somit wird der Antrag vertagt!

---

8.1. Orientierungshilfe im Wohngebiet "Am Birnengarten" S0018/13

Vertragung!

---

9. Torsten-Lamprecht-Brücke A0130/12

**Herr Rösler** bringt den Antrag sowie den Änderungsantrag ein. Er legt dar, dass der Vorschlag des Antrages bei den Einwohnern nicht gut angekommen ist. Die GWA hat sich auch gegen die Benennung ausgesprochen. Daher ist jetzt der Änderungsantrag entstanden.

**Herr Spirgatis**, FB 62, informiert, dass die Verwaltung hier keine Probleme sieht, diesen Weg so zu benennen. Sie hat jedoch das Probleme, dass es von Torsten Lamprecht keinen Lebenslauf gibt.

**Frau Szydzick** informiert, dass ihre Fraktion alles beim alten belassen will. Daher wird sie gegen den Antrag stimmen.

**Herr Meister** hält den Antrag sowie den Änderungsantrag für sinnvoll.

Abstimmungsergebnis zum Antrag in geänderter Form:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

---

9.1. Torsten-Lamprecht-Brücke A0130/12/1

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

---

9.2. Torsten-Lamprecht-Brücke S0339/12

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**Herr Stage** bringt den Antrag ein. Er hält die Stellungnahme der Verwaltung für gut. Bei dem Vergleich mit anderen Städten hätte er jedoch Städte in der Nähe von Magdeburg besser gefunden. Er informiert, dass die Bundeszentrale für politische Bildung Kommunen kostenlos berät. Er fragt nach, ob die Stadt Magdeburg hier schon einmal Kontakt aufgenommen hat. Er hält eine Informationsveranstaltung mit der Bundeszentrale für politische Bildung für sinnvoll.

**Herr Dr. Hartung**, FB 02, äußert, dass die Stadt Magdeburg noch keinen Kontakt zur Bundeszentrale für politische Bildung hatte. Eine entsprechende Informationsveranstaltung könnte ein erster Schritt sein. Er legt dar, dass in den nächsten Jahren harte Zeiten auf die Stadt Magdeburg zu kommen, da der Stadtrat ja eine „Nullkreditaufnahme“ beschlossen hat. Hier ist Aufwand und Nutzen abzuwägen. Die Stadt Magdeburg hat gegenwärtig ein effektives System. Der Bürgerhaushalt ist eine zusätzliche Aufgabe. Wenn dies gemacht werden soll, dann auch richtig und nicht nur halb.

**Herr Stage** legt dar, dass die Bürger hier eine beratende Stimme haben. Die entscheidende Stimme haben immer noch die Stadträte als gewählte Vertreter. In den letzten Jahren wurde von der Verwaltung viel gemacht. Er hält jedoch die Bürgerbeteiligung für zu gering. Er schlägt vor, das Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung zu nutzen.

**Herr Hoffmann** hält die jetzige Bürgerbeteiligung für ausreichend. Er stimmt den Ausführungen der Verwaltung zu und lehnt den Antrag ab.

**Herr Boeck** stimmt den Ausführungen von Herrn Stage zu.

**Herr Rösler** hält es für gut, die Bürger für bestimmte Themenbereiche zu animieren. Er kann dem Antrag in der jetzigen Form nicht zustimmen. Er hält ihn für zu weitreichend.

**Frau Szydzick** hält die jetzigen Bemühungen der Verwaltung für ausreichend. Sie nimmt regelmäßig an GWA-Sitzungen teil und die Verwaltung hilft immer da, wo es geht. Hier ist der Kosten-Nutzen-Aufwand abzuwägen. Sie lehnt den Antrag ab.

**Herr Meister** steht dem Antrag positiv gegenüber und ihm zustimmen.

**Herr Krausnick** vertritt die Auffassung, dass sich vielleicht erst einmal die Frage gestellt werden sollte, ob die Stadt überhaupt einen Bürgerhaushalt will, bevor eine Projektgruppe gebildet wird.

**Herr Stage** unterstützt die Ausführungen von Herrn Krausnick und wird einen entsprechenden Änderungsantrag stellen.

**Herr Dr. Hartung** legt dar, dass die Verwaltung in den Jahren 2007/2008/2009 Bürgermeinungen gesammelt hat. Es kamen auch einige Hinweise, aber keine konkreten Vorschläge. Es muss genau definiert werden, was ein Bürgerhaushalt ist. Der Stadtrat muss sich darüber im Klaren sein, dass hier Kosten anfallen. Der jetzige Haushalt ist sehr transparent. Wenn der Oberbürgermeister den Haushalt freigibt, kann jeder diesem im Internet einsehen. Er hält dies für ausreichend.

**Herr Hoffmann** stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Hartung zu. Die hier entstehenden Kosten sind momentan nicht gedeckt und daher kann dem Antrag nicht zugestimmt werden.

**Herr Stage** stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor der weiteren Umsetzung eine Diskussionsveranstaltung unter Beteiligung von Stadträten und der Verwaltung mit entsprechenden Referenten zum Thema „Chancen, Vorteile und Probleme eines Bürgerhaushaltes“ durchzuführen.  
Anschließend ist das Thema erneut in den Ausschüssen zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0138/12 in geänderter Form:

3 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

---

10.1.      Bürgerhaushalt S0016/13

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

---

11.      Würdigung von Preisträgern der Stadt A0001/13

**Herr Meister** bringt den Antrag ein.

**Frau Schweidler**, FB 41, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme  
3 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

---

12. Nachbesserung der Suchfunktion der städtischen Internetseite

A0008/13

**Herr Rösler** bringt den Antrag ein. Hintergrund des Antrag ist, dass viele Drucksache, Informationsvorlagen, etc. nicht so einfach zu finden sind.

**Frau Schwingel**, BOB, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Es handelt sich hier um ein sehr umfangreiches Thema. Es gibt z.B. allein für die Kita-Portal 15 Synonyme. Bei dem Ratsinformationssystem handelt es sich um ein System für Bürger, die sich für kommunale Belange interessieren.

**Frau Szydzick** legt dar, dass der Antrag ihren Erfahrungen entspricht. Sie findet die Bemühungen der Stadt für gut. Es ist schon viel verbessert worden. Sie wird dem Antrag aber trotzdem heute zustimmen.

**Herr Boeck** stimmt den Ausführungen von Frau Szydzick zu.

**Frau Schwingel** erläutert nochmals, dass das Ratsinformationssystem ein externes System ist, wo sie selbst nichts zu sagen kann.

**Herr Krausnick** ist der Auffassung, dass die Auswertung der Suchanfragen genau der richtige Weg ist.

**Herr Faulhaber**, KID, informiert, dass es im Jahr 2012 90.000 Suchanfragen über [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de) gab. Die Suchfunktion wurde bereits verbessert, dies ist aber noch nicht abschließend. Wenn man „Google“ als Suchfunktion einbeziehen würde, fallen jährlich ca. 12-15 TEUR Kosten für die Stadt an.

**Herr Rösler** legt dar, dass hier wohl das Ratsinformationssystem das Problem ist. Dies war ja auch ein Punkt des Antrages. Er bittet trotzdem um eine positive Abstimmung des Antrages.

**Frau Szydzick** ist nicht bereit, vor einer Recherche die ganzen Cookies zuzulassen. Deshalb arbeitet sie auch noch mit Papier.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
0 Enthaltungen

---

12.1. Nachbesserung der Suchfunktion der städtischen Internetseite

S0034/13

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**Herr Gebhardt**, Amt 66, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er informiert, dass dem Stadtrat im Mai/Juni 2013 das Ergebnis der durchgeführten Sonderverkehrsschau vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Zum Antrag A0134/12 Verfahren für Preisträgernominierung – Das unerschrockene Wort –, welcher auf der Sitzung des Ausschusses am 21.02.2013 vertagt wurde, informiert **Herr Meister**, dass die Verwaltung die vorgelegte Stellungnahme nicht überarbeiten wird.

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

Nichtöffentliche Sitzung

**Herr Platz** macht Ausführungen zur Informationsvorlage der Verwaltung.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

16. Verschiedenes

---

Zur Jagd im Stadtpark wollte die Verwaltung den Ausschuss über den Sachstand informieren. Hierzu fragt **Frau Szydzick** nach.

**Herr Platz** legt dar, dass die Aussagegenehmigung bis Mitte April verlängert wurde. Die Jagd spielt sich im Bereich des ehemaligen GST-Platzes ab. Die Verwaltung wird nach Abschluss der nächsten Phase dem Ausschuss berichten. Es wird dann auch die vom Ausschuss gewünschte Veranstaltung mit einem Experten geben.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Olaf Meister  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin